

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt Illustrierter Familien-Zeitung und illustriertem Witzblatt Ubk

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Ostpreußen und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentlich oder 1.75 monatlich. Abonnementpreis bei Postbesorg. monatl. M. 1.75 u. vierteljährlich M. 5.25. Inseratspreis die Zeile 30 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag für Stellenangebote und Gesuche 70 Pf. mit 45 Pf. Zuschlag. Familien-Anzeigen für Abonnenten 70 Pf. die Zeile. Kleine Anzeigen: das Wort 20 Pf. das fettdruckte Wort 30 Pf. mit 50% Zuschlag. - Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebststehenden aufgeführten Filialen entgegen. - Redakt. u. Haupt-Exp.: S.W. Jerszanski. Str. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; L. u. Fernverk. Nr. 14207-14208. Chefredakteur: Otto Hoesche.

Filialen: Merzplatz, Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-4, Frankf. Allee 206, Frankf. Allee 204, dr. Frankf. Str. 10, Gravelow Str. 107, Schön. Allee 144, Seel-Fluss 4, Fennar. 1, Müllerstr. 18, Badstr. 61, Königsstr. 56-57, Rosenthal Str. 46, Bismarck-Str. 8, Turnstr. 61, Potsd. Str. 83, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 66, Büchsenstr. 60, Charlottenb., Tintenstr. 2, Kaiser. 14, Schützenstr. 23, Herib. Str. 5-6, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee: Grunewald: Herriettenplatz; Lichterberg: Frankf. Allee 201; Lichtenfelde-West: Oststr. 1-3; Neuhöll. Ber- liner Str. 41, Karmeliterstr. 68-69; Panow: Bornholmer Str. 1; Schmutzgraben: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 25-24, Martin-Luther-Str. 9; Stiglitz: Albrechtstr. 105; Tegeler Berliner Str. 15; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhland- str. 28, Kaiserplatz 13; Brandenburger: Hauptstr. 4; Köpenick: Schlosserstr. 1; Frank- furt a. O.: Regierungstr. 44; Niederschöneweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 25; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 5. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vor dem Zusammenbruch.

Soll die Revolution erkaufen?

„Eine Bergarbeiterschaft, die die Kohlenmärkte erkaufen läßt, erkaufte die Revolution!“

K. V. Diese Worte rief gestern der Delegierte Kalkoff in den Rätekonferenz. Die Debatte über den Ruhrstreik gestaltete sich zu einer überaus erregten, alles in allem genommen boten die aufeinanderplatzenden Gegensätze ein symbolisches Bild von der Zerrissenheit und inneren Verfeindung der Arbeiterschaft. Die Redner der Unabhängigen, die alle Schuld an Zusammenbruch, endlosen Bergarbeiterstreiks und Unruhen der Regierung zuweisen, sahen sich einer über- wiegenden Mehrheit gegenüber, als sie verlangten, daß den Streikenden im Ruhrgebiet die Sympathie des Kongresses ausgesprochen und die Regierung ersucht werden solle, die Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen. Richard Müller rief: „Wenn die Regierung nicht nachgibt, dann erkaufen die Schächte eben!“ Diese Worte ent- fesselten den ersten großen Sturm im Hause. Cohen-Reuß und namentlich Kalkoff traten temperamentvoll gegen Müller und die rastlosen unabhängigen Zwischenrufer auf. Sie matten das ungeheure Gelande an die Wand, das das Erlaufen- lassen der Schächte für vielleicht Jahrzehnte für unser Volk bedeuten würde, und hierbei sprach Kalkoff auch das diesen Sätzen vorangestellte Wort. Er bemühte sich, die Ungeheuer- lichkeit des Gedankens den Unabhängigen, die sich hinter die Streikenden stellten, klar zu machen und plädierte für einen von Cohen-Reuß vorgeschlagenen Appell an die Berg- arbeiter, in dem diese aufgefordert werden, von ihrem Namen abzulehnen, damit das Volk von dem furchtbaren Unglück verschont bleibe, das mit dem Erlaufen der Schächte für dieses verbandelt sei. Die Debatte blieb fortwährend erregt. Als es sich darum handelte, auch an die Reichsregierung ein Ersuchen zu richten, berechnete Forderungen der Berg- leute anzuerkennen, entspann sich ein langes und heißes Wortgefecht um die Fassung der Erklärung. Ein unabh- ängiger Antrag, der von den berechtigten Forderungen sprach, wurde abgelehnt, dafür ein Antrag der Mehrheits- sozialisten angenommen, der die Reichsregierung ersucht, „berechnete“ Wünsche anzuerkennen. Der von Cohen vor- geschlagene Appell an die Bergarbeiter wurde einstimmig angenommen.

Ob dieser Aufruf noch zur rechten Zeit das Streikgebiet erreichen wird, um auf die Entschlüsse der streikenden Berg- arbeiter einzuwirken, ob die Verhandlungen, die Minister Bauer vorgestern aufgenommen hat, ein positives Ziel erreichen werden, über dieser dunklen Frage liegt noch lastende Ungewissheit. Das bange Gefühl, daß man tauben Ohren predige, darf alle öffentlichen, für das Volkswohl arbeitenden Stellen nicht abhellen, nach beiden Seiten hin — den Streikenden sowohl, als auch der Regierung — immer wieder zu sagen, um was es geht. Es geht nicht an, daß heute Forderungen gestellt werden, die unser Wirtschaftsleben ruinieren, die eine politische Anarchie heraufzuführen, die jeden Andersdenkenden mit den brutalsten Mitteln terrorisieren. Es geht aber auch nicht an, daß die deutsche Regierung, wie sie es in den ersten Tagen getan hat, einfach erklärt: „Wir verhandeln mit euch überhaupt nicht!“ und schließlich, fünf Minuten vor der letzten Drohung der Arbeiter, doch nachgibt. Das ist keine neue Regierungskunst! Das ist keine neue Arbeiterpolitik, keine neue Volkspolitik, wie man von den Männern erwarten mußte, die die Psyche des Arbeiters kennen. Die Regierungsmänner scheinen nicht zu wissen, daß sie mit dem Mißgeschick einer Politik des starken Armes und verzweiflungsvoller Nachgiebigkeit nichts erreichen, höchstens vielleicht den gegenteiligen Erfolg, daß den radikalen Schern durch eine derartige Haltlosigkeit Wasser auf die Mühlen geliefert wird. Wir sind nicht der Ansicht, daß unser Volk verdorben bis auf die Knochen ist. Es ist in der Mehrzahl dieses Volkes, aber doch nicht unheil- bar. Die Behandlung dieses Volkes, von dem zwölf Millionen Männer jahrelang härtestes Kriegselend, fünfzig Millionen Frauen, Kinder, Jugendliche und Greise elendestem Hunger gelitten haben, das bis zum 9. November das unfreieste Volk der Erde gewesen ist und im Augenblick des befreienden Zusammenbruchs auseinanderfiel, ein solches Volk kann nicht mit denselben Mitteln behandelt werden, die das alte System in seiner Apothek hatte. Wir haben neulich schon einmal gesagt, daß es unbedingt nötig sei, sich zu einem neuen Geiste zu bekennen. Wenn wir ihn nicht endlich finden und in alle Konflikte und Wirren hineingetragen, dann werden wir noch länger auf Besserung warten können. Wir werden jetzt mit verschärfter Spannung auf das Ergebnis der Verhandlungen an der Ruhr und geben unsere letzte Hoffnung auf die Vernunft trotzdem nicht auf. Wir sind überzeugt, daß sich ein Weg finden wird, um mit den Bergarbeitern sich zu verständigen, damit bald die Kohlen- transporte wieder zollen. Die Hunderttausende der Bevölkerung unter dem Bergelocke müssen dann alles daran

setzen, daß die paar hundert Geher in ihren Reihen nicht mehr hochkommen; denn noch einen ihrer wochenlangen Streiks können wir uns nicht mehr leisten. Ein Mitarbeiter des „Vorwärts“ hat ausgerechnet, daß allein die Kursverluste, die die letzten Ausstände verursacht haben, uns einen neuen Verlust von sechzehn Milliarden Mark geschaffen haben. Die Mark ist im Auslande nur noch den vierten Teil des ehemaligen Wertes wert, und was dieses fortdauernde Fallen des Wertes gerade jetzt bedeutet, was die ersten Lebens- mittel mit deutschem Gelde oder deutscher Ware bezahlt werden sollen, das braucht wohl niemand mehr vorgerechnet zu werden. Wir müssen aus diesen Fieberträumen der Streiks heraus, wenn wir überhaupt noch einmal bessere Tage erleben wollen! Daran muß jeder mitarbeiten. Denn wir sind alle auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden.

Während das eiserne Geleß der Not auf einen Streikschluß im Ruhrgebiet hindrängt, droht ein neues Unglück über uns herzubehenden. Die Eisenbahnbeamten, die sich Handwerker und Arbeitern gegenüber be- nachteiligt fühlen, drohen mit dem Ausstand, und gleichzeitig greift eine radikale Eisenbahnarbeiter- gruppe zur Streikwaffe, um die gesamte deutsche Eisenbahn unter eine Räteverwaltung zu bringen. Dieses neue Unglück muß verhindert werden! Auf jeden Fall. Denn was ein Eisenbahnstreik für uns bedeuten würde, braucht nur kurz angedeutet zu werden: alles Leben, Handel und Verkehr werden unterbrochen, Hungernöte entstehen und politische Konsequenzen von allergrößter Tragweite würden sich ergeben. Denn Witte dieses Monats sollte, wie allgemein bekannt ist, der Transport der Haller- Armee durch Deutschland beginnen. Deutschland hatte diesen Weg vorgeschlagen, um unserem Lande Danzig, ja, darüber hinaus West- und Ostpreußen zu erhalten. Wenn infolge eines Eisenbahnstreiks die polnischen Truppen nun nicht mit Eisenbahnern abtransportiert werden könnten, dann würde die Entente nicht zögern, die Armee dennoch in Danzig zu landen, und deutsches Land, deutsche Brüder wären uns für ewig verloren. Denn sind die Polen erst einmal in Danzig und der Ostmark, dann werden sie den heiß ersehnten Boden nicht mehr verlassen. Die Entente wiederum mühte einem in Anarchie verfallenden Deutschland nicht nur alle Zufuhren sperren, sondern durch eine territoriale Verkleinerung auch versuchen, den Brandherd zu lokalisieren. In diesem Falle wäre es für die Polen ein Leichtes, ihre Machtdemon in Paris bei Lloyd George und Wilson durchzu- drücken, die heute wenigstens noch einigermaßen das Anrecht Deutschlands auf dieses alte deutsche Gebiet anerkennen. Wie selten in der Geschichte liegt heute das Geschick eines ganzen Volkes in der Hand zweier Berufsgruppen. Mögen die Berg- arbeiter erkennen, worum es sich handelt und mögen die Eisenbahner in der letzten Minute sich der ungeheuren Verantwortung gegenüber ihrem Volke, ihren eigenen Frauen und Kindern bewußt bleiben. Versagen sie, was wir nicht zu glauben wagen, dann werden nicht nur die Ruhr- schächte und die deutsche Revolution erkaufen, sondern mit ihr das Volk, wir alle.

Der zweite Rätetag.

Cohen-Reuß über die Fehler der Sozialdemokratie.

Zur weiteren Verlaufe der Vormittags-Sitzung sprach der Delegierte Stolt über die Wünsche der Soldaten. Für die Demokraten sprach dann Lehrer Fügler (Berlin), der von allen Parteien mit Auf- merksamkeit angehört wurde. Fügler erklärte zunächst, daß seine Fraktion mit allen zulässigen Mitteln sich gegen die Taktik wehren würde, die Debatte auf rein agitatorisches Gebiet hinüber- zuziehen. Zum Bericht des Zentralrats übergehend, sollte der Redner dem Zentralrat die Anerkennung, daß er doch ein gut Stück ehrliche und erprießliche Arbeit geleistet habe. Sehr entschieden verurteilte der Redner die Gewaltmethoden im politischen Kampfe. Keine Regierung dürfe ohne Machtmittel sein, sonst werde sie

zum Popanz und Spielball

in der Hand struppeliger Elemente. (Zuruf bei den Unabhängigen: „Das ist sie ja!“) Wenn zu Weisungen die Berliner Garnison sich nicht neutral erklärt hätte, dann hätten wir die Frei- willigenkorps überhaupt nicht bekommen. Auch unser Ideal sind die freiwilligen Truppen nicht. Wir verlangen vielmehr ein Volksherr, und wir verlangen auch zur Aufrecht- erhaltung der Ruhe und Ordnung eine Sicherstellungswehr, deren Mitglieder aber aus allen Berufsgruppen entsommen sein müssen. Das Recht auf Arbeitsverweigerung erken- nen auch wir an, aber nur da, wo es sich um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Bei dem gegenwärtigen Stand unseres Wirtschaftslagens aber ist der Streik ein wirtschaftlicher Selbstmord. Und auch wirtschaft- liche Streiks haben ihre Grenzen an dem Wohl der Gesamtheit. (Zurufe: Wer entscheidet, wo diese Grenze ist?) Das Rechts- empfinden des gesamten Volkes. Zum Problem der Sozial- isierung vertrat der Redner den Standpunkt, daß das Wirt- schaftswesen nicht mit einemmal umgekrempelt wer- den könne. Die Sozialisierung habe nur da einen Zweck, wo die

Betriebe einen Heberschuß ergeben und die Produktion ge- steigert werden kann. Der Redner schloß mit einem Appell, die gegenseitige Zerkleinerung der Parteien einzustellen, und sich zu bemühen, einander näher kennen und verstehen zu lernen.

In der Nachmittags-Sitzung sprach als erster Redner

Max Cohen (Reuß),

der u. a. ausführte: Die sozialistischen Parteien haben nicht nur während der Revolution, sondern während ihrer ganzen vierzig- jährigen Tätigkeit schwere Fehler begangen. Wir sagen nicht die Schwere dieser Fehler, welche in den Re- gierungen zu arbeiten hatten,

wir sahen kein Erbarmen mit ihnen, wir u. a. ausführte: Die sozialistischen Parteien haben nicht nur während der Revolution, sondern während ihrer ganzen vierzig- jährigen Tätigkeit schwere Fehler begangen. Wir sagen nicht die Schwere dieser Fehler, welche in den Re- gierungen zu arbeiten hatten, wir sahen kein Erbarmen mit ihnen, wir sahen eine unachtsamliche Kritik an ihrer Tätigkeit und schärferten in übertriebener Weise die Vorzüge unserer Ideale. Diese Politik betreibt leider die Unabhängige Partei auch heute noch aus agitatorischen Gründen. Auch der Zentralrat hat Fehler gemacht. Der schwerste war wohl der, daß er die Schwere- rigkeiten innerhalb der Regierung, insbesondere zu der Zeit, da auch die Unabhängigen noch nicht hier saßen, zu sehr von kolle- gialen Gesichtspunkten aus betrachtete. Die Revolution haben wir nicht erkämpft, sie ist uns als reife Frucht in den Schoß gefallen, als Folge der bolschewistischen Strategie. (Wider- spruch und Beifall.) Richard Müller hat die Dinge hier so ge- schildert, wie sie den Tatsachen nicht entsprechen. Die Unabhän- gigen konnten auf dem ersten Rätekonferenz keinen größeren Fehler machen, als die Beteiligung am Zentralrat abzu- lehnen. Es war dies nichts weiter als eine hohle, auf agita- torische Wirkung berechnete Demonstration. Die be- rühmten „Mißverständnisse“ Richard Müllers sind leider keine Miß- verständnisse, sondern wohlüberlegte Aktionen der Gegen- seite gewesen. Ich will hier keiner der sozialistischen Gruppen die Schuld für die blutigen Zusammenstöße unterziehen, aber wenn man uns angreift,

müssen wir uns wehren.

Die Diktatur in Rußland und in den deutschen Städten, wo Unabhängige und Kommunisten die Herrschaft haben, zeigt, daß Sie noch viel schärfer vorgehen würden. (Zuruf: Das ist Diktatur im Interesse des Sozialismus. — Beifall.) Gätten die Unabhängigen auf dem ersten Rätekonferenz ihre Vertreter in den Zentralrat geschickt, dann hätten alle diese Mißver- ständnisse vermieden werden können, dann wären wir weiter, als wir heute sind. (Beifall rechts.) Es wird der Rege- rung immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie statt Rege- rungsrat freiwilligen Verbände gründete und in ihnen reaktio- näre Offiziere aufnimmt. (Zuruf Dr. Gehers.) Wenn Sie, Genosse Geher, auf der Straße angegriffen werden, dann werden Sie auch denjenigen, der Ihnen Hilfe bringt, nicht erst nach seinem Namen fragen, sondern zuschlagen, daß Ihnen überhaupt Schanz gewährt wird. Die Mäts- unruhen gingen weder von einer politischen Partei, noch von den Typen aus. Erst als in der Gegend des Alexander- parkes Duhende von Geschäften anflüchteten, wurden und rote auf den Straßen lagen, schritten die Regierungskorps ein. Wenn die Sozialisten auch mit diesen Mätsunruhen nichts zu tun haben,

so freuen sie sich doch

über diese Dinge, weil sie hoffen, bei solchen Gelegenheiten zur Macht kommen zu können. Auch die Unabhängigen haben, wie die blutigen Ereignisse in Berlin zeigen, ihre Leute nicht fest in der Hand. Die Kohlenstreiks sind in unserer letzten Lage das Schlimmste, was uns passieren kann. Die Arbeiter laufen ja leider immer wieder denjenigen nach, die ihnen am meisten versprechen. (Lärm bei den Unabh. Sozialdemokraten.)

Inzwischen sind zwei Vertreter des

Petersburger Arbeiterrates

erschienen und die Versammlung erteilt ihnen die Genehmigung, als Gäste den Verhandlungen zu folgen. Darauf verweist Brach (Unabh.) das Wort: Sie alle haben die Vorbereitungen der Roste-Garde da draußen gesehen und die Flugblätter gelesen, die das Volk in eine Bogromskinnung hineinpressen wollen. Die Reubeziehung der Stellen in der Regierung sei im Interesse der Arbeiter erfolgt. Ich weiß aber nicht, ob Herr Roste in Wirklichkeit dem Interesse der Arbeiter dient. Dann ist es auch nicht wahr, daß eine augenblickliche Mehrheit hinter der letzten Regierung steht. Nunmehr nahm

Reichsminister Wisffel

das Wort. Er wandte sich zunächst gegen Cohen, um die Unter- stellung zurückzuweisen. Erzberger habe Verhandlungen mit der Entente so darzustellen gesucht, um nachher möglichst zu glänzen. Diese Darstellung sei in jeder Beziehung un- zureichend. Wenn Brach das Bestreben zu gemeinsamer Arbeit begrüßt habe, so seien seine eigenen Ausführun- gen nicht dazu geeignet, bei den Unabhängigen auf eine solche Absicht schließen zu lassen. Wenn die Unabhängigen der Heber- zungung sind, daß die Regierung „Vollspindel“ treibe, ein Vorwurf, den er mit aller Entschiedenheit zurück- weisen müsse, so sei allerdings die Möglichkeit eines Zusammen- arbeitens nicht gegeben. Wisffel fährt weiter aus: Wir wissen genau, daß in Deutschland der russische Rubel gerollt hat. (Zuruf Brach: Mit deutschem Gelde ist in Rußland der Bolschewismus unterdrückt worden!) Die Ausführungen Wisffels seien ganz dazu angesetzt, die schon ohnehin große Erregung im